

Gerd Köhler

Wir brauchen neuen Schwung in der Bildungspolitik



Gerd Köhler, geb. 1944 in Göttingen, Studium der Geschichte, Politik und Pädagogik in Göttingen, ist seit 1973 Mitglied des GEW-Hauptvorstandes, seit 1980 Mitglied des Geschäftsführenden Vorstandes der GEW, seit 1999 Mitglied des Landeshochschulrates Brandenburg, und ist Leiter des Vorstandsbereiches „Hochschule und Forschung“ der GEW.

Die Aussagen der neuen Bundesregierung zu Bildung, Erziehung und Wissenschaft

„Wir wollen in zehn Jahren an der Spitze der Bildungsnationen stehen.“ Die Koalitionsvereinbarung von SPD und Bündnis 90/Die Grünen für die Jahre 2002 bis 2006 enthält viele solcher vollmundigen Aussagen - nicht nur für den Bereich Bildung, Erziehung und Wissenschaft. Wir sind „ein Land mit dem Mut zur Veränderung, (...) ein Land, das solidarisch ist“. Eine Beschreibung des Ist-Zustandes kann das nicht sein, als politische Vision gefallen mir die Sätze. Richtig ist sicher die Einschätzung der Koalitionäre: „Wir brauchen neuen Schwung.“

Woran kann man Koalitionsvereinbarungen messen, ihre Aussagen bewerten? Man kann sie mit ihren Vorgängern vergleichen, man kann sie nach „belastbaren“ (überprüfbar) Zielvorstellungen absuchen. Man kann fragen, ob sie konkrete Antworten auf die Probleme in den Kindergärten oder Schulen, in den Einrichtungen der beruflichen Bildung oder der Weiterbildung, in Hochschulen und Forschungsinstitutionen enthalten. Man kann prüfen, ob sie *den* gesellschaftlichen Erwartungen entsprechen oder ob sie geeignet sind, soziale Lernprozesse einzuleiten, ohne die nachhaltige Strukturreformen nicht zu realisieren sind. Dabei wird man immer auch die im vorhergehenden Wahlkampf formulierten „Prüfsteine“ oder „gewerkschaftlichen Messlatten“ heranziehen können.

Die OECD, die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, hat sich in den mehr als 40 Jahren ihres Bestehens zu einem Frühwarnsystem, zu einer Denkfabrik entwickelt: Sie analysiert die Rahmenbedingungen für wirtschaftliches Wachstum, sie warnt durch vergleichende Studien vor Fehlentwicklungen, sie sucht nach neuen „Entwicklungs-

pfaden“ und gibt Empfehlungen, die von den nationalen Regierungen umgesetzt werden sollen. Mit der PISA-Studie hat sie inhaltliche Schwächen des deutschen Bildungssystems offen gelegt, in der Ausgabe 2002 von „Bildung auf einen Blick“ zeigt sie auf, dass Deutschland - im internationalen Vergleich - zu wenig in Bildung, Erziehung und Wissenschaft investiert.

Diese inhaltlichen Schwächen müssen beseitigt, strukturelle Veränderungen durchgesetzt und die finanziellen Rahmenbedingungen verbessert werden, wenn „wir die Beteiligungsrechte für alle hier lebenden Menschen stärken und die Integration verbessern“ wollen, wie es in der Koalitionsvereinbarung heißt. Nur dann werden Bildung und Wissenschaft ihre Beiträge zum Abbau der Massenarbeitslosigkeit und zur „Belebung des Wirtschaftswachstums“ leisten können. Die Regierungsparteien bauen vor, zu große Erwartungen sollen nicht entstehen: „Nicht alles, was wünschbar wäre, ist gegenwärtig auch finanzierbar.“ Aber muss eine Regierung - eine neue zumal - nicht auch aufzeigen, wie das Notwendige finanziert werden kann? Muss sie nicht angesichts der drastisch eingeschränkten öffentlichen Haushalte die Mittel einfordern, die notwendig sind, um eine sozialgerechte Daseinsfürsorge realisieren zu können? Weil, wie sie doch selbst sagt, nur Starke sich einen schwachen Staat leisten können.

Ein nationaler Bildungsbericht

Die rot-grüne Koalition will in Zusammenarbeit mit den Ländern alle zwei Jahre einen „nationalen Bildungsbericht“ vorlegen. Eine unabhängige, international besetzte Expertenkommission soll ihn erarbeiten. Das Ziel ist klar und unterstützenswert. Hier muss allerdings nachgelegt werden: Die von der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) und dem Sachverständigenrat Bildung der Hans-Böckler-Stiftung seit Jahren vorgetragene Forderung nach Einrichtung eines nationalen Bildungsrates verlangt die Beteiligung der Betroffenen. Sie müssen sowohl an der Analyse der Stärken und Schwächen als auch an der Entwicklung von Empfehlungen beteiligt werden, wenn sie diese mittragen sollen. Partizipation ist Bedingung für nachhaltige Umsetzung.

Strategisch wichtig ist der von der Bundesregierung gewollte Ausbau der Bildungsforschung. Hans N. Weiler, der frühere Rektor der Universität Frankfurt/Oder, hat dazu eine heftige Debatte in der Deutschen Gesellschaft für Erziehungswissenschaft (DGfE) entfacht. In der Nachfolge des „Forum Bildung“ einen breiten bildungspolitischen Dialog einzurichten, innovative Programme, Initiativen und Projekte durch eine „Stiftung Bildung und Erziehung“ fördern zu wollen, ist konsequent. Die Wissenschaft sollte zusätzlich und nicht nur in den Titel der Stiftung aufgenommen werden.

10.000 zusätzliche Ganztageseinrichtungen

Die PISA-Studie hat festgestellt, dass es dem deutschen Schulsystem nur ungenügend gelingt, ungünstige familiäre und soziale Voraussetzungen auszugleichen. Die Bildungsangebote im Vorschulbereich seien unzureichend, spezifische Fördermöglichkeiten nur selten gegeben und die pädagogisch-diagnostischen Fähigkeiten der PädagogInnen unterentwickelt. Die neue Bundesregierung zieht daraus die Konsequenz, die Betreuung der Kinder unter drei Jahren qualitativ und quantitativ deutlich zu verbessern: Zumindest jedes fünfte

Kind soll bedarfsgerecht betreut werden. Zusätzlich sollen 10.000 Ganztagschulen aufgebaut werden. Dafür will der Bund jährlich 1,5 Milliarden Euro zur Verfügung stellen. Damit es nicht bei einer symbolischen Aktion bleibt, müssen Bund, Länder und Kommunen an den Verhandlungstisch, um ein Gesamtkonzept zu entwickeln, das den Ausbau der Kindergärten und Horte mit einem flächendeckenden Angebot von Ganztagschulen verbindet. Das Beispiel Rheinland-Pfalz zeigt, dass man damit zügig anfangen kann. Der Plan, die Vorhaben aus der Umsetzung der Hartz-Vorschläge finanzieren zu wollen, sollte nachgebessert werden, es könnte sonst zu lange dauern. Mitbedacht werden muss, dass viele Eltern die Kindergarten-Beiträge nicht zahlen können, die Ausstattung den pädagogischen Standards nicht entspricht und Maßnahmen zur Verbesserung der Qualität der Betreuungs- und Bildungsangebote durchgesetzt werden müssen. Der vorgeschlagene „Gipfel für Bildung und Betreuung“ soll unterstützt werden, auch wenn bei der Titelwahl noch nicht alle Höhen des Einfallsreichtums erklommen scheinen.

Nationale Bildungsstandards

„Eine bestmögliche Bildung für alle“; „alle Kinder in Deutschland müssen unabhängig vom Wohnort ihrer Eltern gleiche Chancen haben“. Mit einer „Qualitätsoffensive zur Verbesserung des Unterrichts“ sollen diese Ziele erreicht werden. Sie entsprechen weitgehend den Forderungen der GEW und der Bildungs-Internationale, dem weltweiten Zusammenschluss der Bildungsgewerkschaften. Die GEW begrüßt das stärkere Engagement der Bundesregierung im Bereich der Schulen. Wenn dabei mehr herauskommen soll als eine wohlfeile Kritik am Immobilismus der Kultusminister(innen)konferenz (KMK), muss die Koalition allerdings sagen, was sie mit den „länderübergreifenden Strukturreformen unseres Bildungssystems“ meint. Sie schlägt „nationale Bildungsstandards“ vor und eine „unabhängige wissenschaftliche Einrichtung (Evaluations-Agentur)“, die über deren Einhaltung wachen soll. Der Wettlauf einiger Bundesländer, ganz schnell diese Standards zu entwickeln, gebietet kritische Aufmerksamkeit. Die Entwicklung des Lehrplanwerks in der DDR oder die Diskussion über Rahmenrichtlinien in der Bundesrepublik haben gezeigt, wie wichtig transparente Verfahren und offen gelegte Ziele sind. Entscheidend ist die Beteiligung aller Betroffenen, wenn am Ende mehr als ein Wissenskanon oder eine Neuauflage des Zentralabiturs herauskommen soll. Geklärt werden muss auch, wie diese Vorhaben mit der gleichzeitig propagierten Stärkung der Selbstverwaltungsrechte (Autonomie) der Bildungseinrichtungen vereinbar sein sollen.

Qualifikationsbausteine in der Berufsausbildung

„Jeder junge Mensch, der will und kann, soll eine Berufsausbildung erhalten.“ „Kein junger Mensch darf nach der Schule in die Arbeitslosigkeit entlassen werden.“ Diese im bildungspolitischen Teil der Koalitionsvereinbarung formulierten Ziele werden von den Gewerkschaften mitgetragen. Sie unterstreichen das Teilhaberecht auf Bildung und Arbeit. Schwieriger wird es mit den im wirtschaftspolitischen Teil enthaltenen Vorschlägen: „Wir werden (...) die Ausbildungsberufe verstärkt modernisieren und hierbei Entscheidungsverfahren straffen, differenziertere, zweijährige modulare Ausbildungsberufe einführen und durch ein reformiertes Berufsbildungsgesetz mehr Jugendlichen eine echte Chance auf eine Aus-

bildung geben.“ Was heißt das? Die Modularisierung darf nicht zu einer beliebigen Aneinanderreihung von „Qualifikationsbausteinen“ führen, die vorrangig an aktuelle Marktanforderungen angepasst werden. Die Modularisierung darf auch nicht für eine heimliche Einführung von Kurzausbildungsgängen missbraucht werden. Die Durchlässigkeit zu den dreijährigen Ausbildungsgängen muss gesichert werden. Die Straffung der Entscheidungsverfahren darf nicht zu einem Aufweichen des Konsensprinzips führen, das wesentlich für die Kooperation der Sozialpartner bei der Reform der Berufsausbildung gewesen ist und bleiben soll.

Soziales Lernen und sozialer Zusammenhalt

Wenig anregend sind die Aussagen zur Weiterbildung. Als ob es keine Delors-Kommission gegeben hätte und auch keine Debatte in der Europäischen Union über das „lebenslange Lernen“. Die „Qualitätsoffensive berufliche Weiterbildung“ ist gut, klammert aber den gesamten Bereich der politischen Weiterbildung aus. Gerade in Zeiten tiefgreifender ökonomischer und sozialer Umbrüche könnte sie ein wichtiges gesellschaftliches Bindemittel sein. Sozialer Zusammenhalt (Kohäsion) setzt soziale Lernprozesse voraus. Politisches Desinteresse und Gewaltbereitschaft haben viel damit zu tun, dass Umbrüche nicht verstanden werden. Die Übergangsgesellschaften in Mittel- und Osteuropa liefern dafür tagtäglich Beweise.

In einem solchen Rahmen hätten dann auch die Arbeit der Expertenkommission „Finanzierung Lebenslangen Lernens“, der Ausbau einer attraktiven Weiterbildungsberatung und die Förderung der „Stiftung Bildungstest“ ihren richtigen Stellenwert.

Pakt für die Hochschulen

Die Bundesregierung will den Ländern einen „Pakt für die Hochschulen“ vorschlagen, um die Qualität des Studiums zu erhöhen, gestufte Studienabschlüsse (Bachelor und Master) einzuführen und gegenseitig anzuerkennen, ein „geschlossenes System der Nachwuchsförderung“ zu schaffen und die Hochschulen stärker international auszurichten. Es fällt auf, dass der mit dem „Bologna-Prozess“ angestrebte „Europäische Hochschulraum“ weder bei den hochschul- noch bei den europapolitischen Aussagen der Koalitionsvereinbarung erwähnt wird. Und das angesichts der Tatsache, dass Deutschland Gastgeber ist, wenn sich im September 2003 über 30 europäische Wissenschaftsminister in Berlin treffen, um weiter über die Ausgestaltung einer europäischen Hochschul- und Forschungspolitik zu sprechen.

Bildung als Ware

Wenig präzise sind auch die Hochschul-Aussagen zu GATS (General Agreement on Trade in Services). Die Welthandelsorganisation berät zurzeit über Vorschläge, den Handel mit Bildung zu liberalisieren. Offensichtlich haben sich die „Generalisten“ in den Schlussberatungen über den Text der Koalitionsvereinbarung durchgesetzt. Die bis dahin schriftlich festgehaltene Federführung des Bildungsministeriums für diesen Teil der GATS-Verhandlungen ist einer wachweichen Formulierung gewichen, nach der sich die Bundesregierung

dafür einsetzen soll, „dass die Struktur des öffentlich finanzierten Hochschulwesens in Deutschland im Grundsatz weiterbestehen kann und die Einhaltung von Qualitätsstandards auch für private Bildungsangebote verpflichtend gemacht wird.“ Mit der Aussage der Bundesbildungsministerin Edelgard Bulmahn, Bildung dürfe nicht zur Ware werden, hat das kaum noch etwas zu tun. Hier muss die Koalition Farbe bekennen!

40 Prozent des Altersjahrgangs in die Hochschulen

Richtig ist das Vorhaben, die Zahl der StudienanfängerInnen zu erhöhen. Die Koalition verfolgt das Ziel, mindestens 40 Prozent eines Jahrgangs die Aufnahme eines Hochschulstudiums zu ermöglichen. Sie trägt damit dem OECD-Vergleich Rechnung, in dem es heißt: „Deutschland liegt (...) mit 30 Prozent am unteren Ende der Skala. (...) Im Laufe seines Lebens wird heute fast jeder zweite Schulabgänger in den OECD-Staaten an einem Studiengang im Tertiärbereich (Universitäten und Fachhochschulen) teilnehmen.“ Hier müssen Bund und Länder, Universitäten und Fachhochschulen, Wissenschaftler und Studierende an einen Tisch, um ein leistungsförderndes und sozialverträgliches Gesamtkonzept zu entwickeln. Dabei dürfen die Fehler des Öffnungsbeschlusses von 1977 nicht wiederholt werden. Wer mehr Quantität und Qualität in Forschung, Lehre und Studium verlangt, der muss die Qualität der Arbeits- und Studienbedingungen verbessern.

Die Initiative ergreifen will die Bundesregierung bei der Evaluation der Hochschulen. Leistungsvergleiche sollen erstellt werden, die Ranking-Listen von „Spiegel“ und „Focus“ werden hoffähig. Die Frage bleibt, ob die Hochschulen bei diesem „besser sein wollen als die anderen“ nicht vergessen, wofür sie gut sein wollen.

Wissenschafts-Tarifvertrag

Die GEW hat zu Beginn der vergangenen Legislaturperiode zusammen mit ÖTV und DAG eine „einheitliche tarifvertragliche Regelung für die Hochschulen und Forschungseinrichtungen“ verlangt. Ausgangspunkt für die Verhandlungen sollte der Bundesangestellten-Tarifvertrag (BAT) sein, der wissenschaftsadäquat weiterentwickelt werden sollte. Mit ihrem Lübecker Gewerkschaftstag hat die GEW die Arbeitgeber auch aufgefordert, auf ihrer Seite die Voraussetzungen für Verhandlungen mit den Gewerkschaften zu schaffen.

Angesichts der Tatsache, dass weder in der 5. noch in der 6. Novelle des Hochschulrahmengesetzes (HRG) der von Gewerkschaftsseite vorgeschlagene Kompromiss, eine „tarifpolitische Öffnungsklausel“ im HRG zu verankern, durchgesetzt werden konnte, erscheint die Koalitionsvereinbarung als Fortschritt. Dort heißt es: „Mit einem Wissenschaftstarifvertrag für Hochschulen und Forschungseinrichtungen wollen wir den besonderen Bedingungen in Wissenschaft und Forschung Rechnung tragen. (...) Unser Ziel ist die zügige Schaffung von Bedingungen, die den Realitäten des hochdynamischen Arbeitsmarktes in Wissenschaft und Forschung gerecht werden.“

Die Gewerkschaften sind bereit zu Verhandlungen. Sie warten auf verhandlungsfähige Vorschläge der Arbeitgeber.

Dialog zwischen Wissenschaft und Öffentlichkeit

Einen „Dialog zwischen Wissenschaft und Öffentlichkeit“ schlägt die neue Bundesregierung vor, weil der gegenseitigen Verständigung von Wissenschaft und Öffentlichkeit und der Erarbeitung von Maßstäben für einen verantwortlichen Umgang mit Wissenschaftsdisziplinen und Technologien große Bedeutung zukommt. Sie greift damit auf Gedanken zurück, die im GEW-Konzept einer „Wissenschaft in gesellschaftlicher Verantwortung“ entwickelt worden sind. Wissenschaft - insbesondere auch die Geistes- und Sozialwissenschaften - soll danach ihren Beitrag zum Diskurs über wichtige gesellschaftliche Fragen leisten. „Wissenschaft ist für die Fortschritte der Zivilisation ebenso mitverantwortlich wie für die Risiken und Bedrohungen, die aus wissenschaftlich begründeten Eingriffen in gesellschaftliche und ökologische Prozesse folgen.“

Die GEW unterstützt, dass die Friedens- und Konfliktforschung ausgebaut werden soll, gleiches gilt für die Frauen- und Genderforschung.

Insgesamt soll es nach Auffassung der Koalition darum gehen, den Forschungsstandort weiter auszubauen: Die Grundlagenforschung soll gestärkt, Innovationen sollen gefördert werden. Wissenschaft und Forschung sollen die Entwicklung einer nachhaltig zukunftsfähigen Wirtschaft und Gesellschaft in Deutschland voranbringen.

Schweden hat höhere Steuern gewählt

Ob sie die Ziele der Koalitionsvereinbarung in Zeiten der Krise der öffentlichen Haushalte zu realisieren vermag, daran wird sich die neue Bundesregierung messen lassen müssen. Wenn der Staat die hohen Erwartungen seiner Bürgerinnen und Bürger erfüllen soll, dann muss er materiell dazu in die Lage versetzt werden. Wenn wir den Ausbau der frühkindlichen Bildung in Ganztagschulen wollen, wenn das Recht auf Bildung und Arbeit für alle Jugendlichen durchgesetzt werden soll, wenn die Hochschulen mehr jungen Erwachsenen offen stehen sollen und die Qualität im Bildungsbereich verbessert werden soll, wenn die Wissenschaft ihre Beiträge zur ökonomischen und sozialen, zur ökologischen und kulturellen Entwicklung Deutschlands leisten soll, dann kostet das Geld. Dann müssen Vermögens- und Erbschaftssteuer, dann müssen Steuererleichterungen für Besserverdienende auf den Prüfstand. Die Schweden haben bei den letzten Reichstagswahlen vor ähnlichen Herausforderungen gestanden. Sie haben höhere Steuern gewählt, weil sie den Sozialstaat erhalten und weiterentwickeln wollen.

Die Ziele klar zu formulieren und für ihre Umsetzung zu streiten, die Betroffenen zu beteiligen und damit zu mobilisieren, neue Formen der Partizipation anzubieten, um ökonomische und soziale Innovationen zu realisieren - davon wünschte ich mir mehr bei der Umsetzung der Koalitionsvereinbarungen.